

# Gemeinden sollen die Steuern senken

**Finanzen** Zwei Kantonsräte stellen an den Regierungsrat Fragen zur finanziellen Situation der Zuger Gemeinden. Sie wollen damit Transparenz schaffen und die Gemeinden so dazu bringen, ihre Steuern zu senken.

**Charly Keiser**  
charly.keiser@zugerzeitung.ch

Der Kanton Zug befindet sich im Sparmodus. Nach zahlreichen guten Jahren schreibt er seit 2013 rote Zahlen. Die zur Seite gelegte Reserve schmilzt wie Schnee an der Sonne. Während der Kanton 2016 ein Minus von 92,1 Millionen Franken schreiben musste, summierten sich die Ertragsüberschüsse aller Zuger Gemeinden im Vorjahr auf 66,2 Millionen Franken (siehe Tabelle).

Der Regierungsrat erwägt darum eine Erhöhung des Steuersatzes, weil trotz der vorgenom-

menen Sparmassnahmen und aufgrund der Ablehnung des zweiten Pakets des Entlastungsprogramms dem strukturellen Defizit nur so beizukommen sei.

## Gemeinden sollen einspringen

SVP-Kantonsrat Philip C. Brunner hat eine Idee, wie die negativen Aspekte dieser – vom Regierungsrat geplanten Steuererhöhung – abgefedert werden können. «Es ist offensichtlich, dass einige Gemeinden durchaus in der Lage wären, ihre Steuern zu senken», schreibt der Präsident der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug (GGR) in einer Interpellation, die er zusammen mit Daniel Stadlin (GLP, Zug) eingereicht hat.

Es sei sein Ziel, dass der Kanton so schnell wie möglich saniert werde beziehungsweise dieser sein strukturelles Defizit zum Verschwinden bringen könne, sagt Brunner. «Und dies, ohne dass Firmen und Private mehr Steuern bezahlen müssen.» Stadlin und Brunner listen in ihrer Interpellation einen Strauss von Fragen auf. Der Regierungsrat soll in einer Tabelle diese Daten aller Gemeinden auflisten: Einwohnerzahl; Einnahmen natürliche und juristische Personen; diverse Einnahmen wie Grundstückgewinnsteuern, Schenkungen, Erbschaftssteuern; Gesamteinnah-

## Nachgefragt

# «Verlierer auf der ganzen Linie»

Der Bundesrat hat überraschend beschlossen, den Kantonsanteil der direkten Bundessteuer von 17 Prozent auf nur 20,5 statt wie ursprünglich vorgesehen auf 21,2 Prozent zu erhöhen.

## Finanzdirektor Heinz Tännler, ist damit das letzte Wort gesprochen?

Nein, absolut nicht. Denn es handelt sich nicht um eine Vorlage, sondern um Eckwerte. Nicht mehr und nicht weniger. Trotzdem sind die Kantone sehr überrascht, dass der Bundesrat diese Pièce de Résistance durchbrochen hat. Die Stände sind näm-

men inklusive Transferzahlungen; Beitrag oder Belastung durch den Zuger Finanzausgleich; Nettoergebnis; Steuerfuss; Steuerertrag; Vermögen pro Einwohner; Selbstfinanzierungsgrad und Selbstfinanzierungsanteil.

## Kanton hat zu viele Aufgaben

«Es geht uns darum, Transparenz zu schaffen», begründet Brunner.

lich auf den Anteil an der direkten Bundessteuer von 21,2 Prozent dringend angewiesen, damit sie die nötige Flexibilität haben und die Massnahmen finanzieren können, die wegen der Steuerreform nötig werden.

## Gibt das Parlament Gegensteuer?

Ich gehe davon aus, dass das Parlament die Diskussion führen wird. Denn 20,5 Prozent ist für die Kantone keine Handlungsoption. Die Kantone werden sich bei der Vernehmlassung entsprechend äussern, und das Parlament wird nicht darum herum-

kommen, darüber zu reden. Die grosse Frage ist allerdings: Zu welchem Preis? Wird nämlich an einer Schraube gedreht, ändern



Der Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler.

Bild: Stefan Kaiser (Zug, 17. März 2017)

sich andere Parameter und werden andere Forderungen eingebracht. So funktioniert die Politik – es ist ein Geben und Nehmen.

## Und wenn es bei 20,5 bleibt?

Bleibt der Anteil an der direkten Bundessteuer bei 20,5 Prozent, dann wird der Kanton Zug die Steuerreform kaum mehr aufkommensneutral gestalten können. Dies will heissen, dass es auf der ganzen Linie Verlierer geben könnte. Noch stärker betroffen als der Kanton Zug wären eine Vielzahl von Kantonen, die den Gemeinden Ausfälle kompensieren müssten. (kk)

sacks jährlich markant zu. Darum sei es an der Zeit, dass sich die Gemeinden in Form von Steuer-senkungen am Minus des Kantons quasi beteiligen oder aber Aufgaben wieder übernehmen würden, die sie in den fetten Jahren dem Kanton überbürdet hätten. «Es geht hier auch um Rechnungsabschlüsse mit Abschreibungen und Reserven, die wohl politisch geschönt sind», sagt

Brunner und nennt als Beispiel die Vorfinanzierung der Stadt Zug für Brandmassnahmen von 12,5 Millionen Franken: «Ohne diese Vorfinanzierung hätte die Stadt einen noch höheren Überschuss erwirtschaftet.» Die Abschreibungsmethode sei im Moment Thema im Kantonsrat, ergänzt Brunner: «Die Gemeinden könnten gut weniger abschreiben und Steuern senken.»

## Rechnungsabschlüsse 2016

Baar	15,4
Cham	7,0
Hünenberg	1,7
Menzingen	-0,1
Neuheim	1,6
Oberägeri	0,7
Risch	6,2
Steinhausen	5,7
Unterägeri	5,6
Walchwil	0,5
Zug	19,9
<b>Total</b>	<b>64,2</b>
Kanton Zug	-92,1

Beträge in Millionen Franken